

Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
(17. Sitzung am 20. Dezember 2018)

Beratungsthemen:

Vertraulicher Sitzungsteil

1. Gespräch mit der Personalvertretung des niedersächsischen Verfassungsschutzes

Der Ausschuss führte ein Gespräch mit der Personalvertretung. Er verzichtete auf eine inhaltliche Protokollierung.

Nicht öffentlicher Sitzungsteil

2. Vorgänge bezüglich der Enttarnung einer Vertrauensperson des niedersächsischen Verfassungsschutzes in Göttingen

Der Ausschuss bat die Landesregierung einstimmig um einen ergänzenden Bericht

- zu den Umständen des Bekanntwerdens der Enttarnung der Vertrauensperson und zu den Reaktionen der Landesregierung darauf, einschließlich der ergriffenen Maßnahmen in Bezug auf die V-Person und die Verfahren beim Verfassungsschutz, und
- zur Auswahl, zum Einsatz und zur Führung der enttarnten Vertrauensperson, zur Auswahl der von ihr beobachteten Objekte sowie zu ihren Erkenntnissen und Mitteilungen an die Behörde während ihrer Tätigkeit für den Verfassungsschutz.

Die Entscheidung über den Antrag des Ausschussmitglieds der Fraktion der FDP und des stellvertretenden Ausschussmitglieds der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 28. November 2018 auf Einsetzung eines Sachverständigen gemäß § 38 NVerfSchG stellte der Ausschuss einvernehmlich zurück.

Außerhalb der Tagesordnung erklärte der Ausschuss die erste Tranche der zu dem Vorlagebegehren vom 19. November 2018 vorgelegten Akten einstimmig für vertraulich.